

«Es braucht wohl noch einige Skandale»

Staatsrechtsprofessor Markus Müller zieht nach dem Subventionsbetrug bei der Post eine ernüchternde Bilanz: Die Politiker seien schuld, dass die Staatsbetriebe in einer Krise steckten. Damit sich etwas ändere, brauche es Zeit – und Mut.

Markus Müller lehrt Staats- und Verwaltungsrecht an der Uni Bern. Im Gegensatz zu den meisten Politikern befürwortete er schon vor zwei Jahren die Volksinitiative «Pro Service public» von «K-Tipp» und *saldo*. Das Volksbegehren sei klar und eindeutig gewesen: «Die Initiative wollte, dass sich die staatlichen Service-public-Betriebe wie etwa Bahn und Post in erster Linie am Gemeinwohl orientieren.» Diese Forderung sei richtig, denn «Staatsbetriebe sind keine privatwirtschaftlichen Unternehmen». Nach den Falschbuchungen in der Postauto-Buchhaltung nennt Müller im Interview mit *saldo* die Hintergründe des Skandals.

saldo: Herr Müller, die Post hat zugegeben, rund 80 Millionen Franken Subventionen erschwindelt zu haben, um den Gewinn zu erhöhen. Wer hat hier versagt?

Markus Müller: Das Parlament und der Bundesrat haben die Post in den letzten Jahren zu dem gemacht, was sie heute ist. Ein Unternehmen, das bisweilen aus den Augen verliert, dass es ein staatlicher Service-public-Betrieb und damit nichts anderes als eine Einheit der Bundesverwaltung ist. Als solche

«Der eigentliche Auftrag der Post ist auch den Politikern nicht mehr klar»

hat sich die Post in allererster Linie am Gemeinwohl und den rechtsstaatlichen Regeln zu orientieren. Gewinnstreben darf nie das Hauptziel staatlichen Handelns sein. Genau diese Sensibilität scheint aber sowohl der Unternehmensführung als auch den politischen Aufsichtsbehörden abhandlungskompetent zu sein – allen voran dem Bundesrat.

Die Service-public-Initiative forderte genau das, was Sie erwähnten: Die Bundesbetriebe sollten in erster Linie einen guten Service bringen, nicht einen maximalen Profit anstreben. Sie wurde aber abgelehnt.

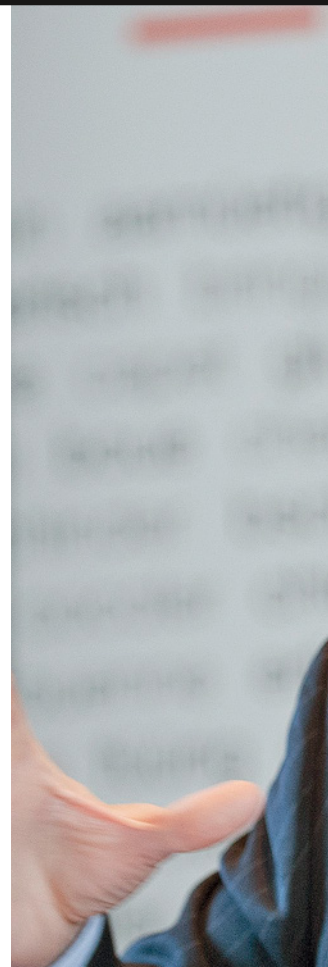
Ja, die Initiative wurde schon im Parlament zu null verworfen. Das ist ein eindrücklicher Beleg dafür, dass der eigentliche Auftrag der Post auch den Politikern nicht mehr klar ist. Dieses Volksbegehren – das diesen Namen verdiente – wollte nämlich nichts anderes, als vor der zunehmenden Ökonomisierung im Service-public-Sektor warnen und ein dringend notwendiges Umdenken herbeiführen.

Die Initiative wurde auch an der Urne mit rund 67 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Viele Politiker und die Verantwortlichen der Bundesbetriebe sagten nach geschlagener Schlacht aber, sie hätten grosses Verständnis für die Anliegen der Initianten. Waren das nur Lippenbekenntnisse?

Ja, es scheint so. Für die Unternehmensführung der Post und auch für

Klare Forderung:
«Die Post muss sich am Gemeinwohl orientieren», sagt Markus Müller

die anderen Staatsbetriebe wie die SBB oder die Swisscom waren die damaligen Signale aus der Politik eine Bestätigung, gar eine Aufforderung, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen. Damit hat man falsche, und wie man jetzt sieht, gefährliche Anreize geschaffen. Die Verantwortlichen in der Unternehmensführung und Unternehmensaufsicht können damit offensichtlich nicht umgehen. Das ist alarmierend. Erschwerend kommt hinzu, dass wir in der Schweiz eine unterentwickelte Verantwortlichkeitskultur haben: Alle sind für alles – aber niemand für etwas verantwortlich. Läuft etwas falsch, wird die Verantwortung rasch auf viele Köpfe verteilt. Am Schluss bleibt ein grosses Schulterzucken. Deshalb wird es wohl noch einige Skandale brauchen, bis in den politischen Entscheidungsgremien die Einsicht Platz greift, dass ein Paradigmenwechsel in der Organi-





sations- und Führungsphilosophie staatlicher Betriebe unumgänglich wird.

Heisst das, dass für die gegenwärtige Entwicklung vor allem die Politiker verantwortlich sind?

Ja, die Politiker tragen die Hauptverantwortung für die gegenwärtige Krise unserer Staatsbetriebe. Sie waren es, welche die Privatisierungs- und Ökonomisierungsmoden der 90er-Jahre ziemlich unkritisch übernahmen und sich von diesem Weg bis heute nicht mehr abbringen liessen. Obwohl es damals wie heute genügend Kritiker gab, die permanent mahnten, dass der Staat kein Unternehmen sei. Die Geister, die man damals rief, wird man nun so schnell nicht wieder los. Dazu braucht es intensive Denkarbeit, Willen zur Veränderung und letztlich auch etwas Mut, Modetrends kritisch zu hinterfragen.

Zur Person
Markus Müller, 57,
ist Professor für
Staats- und
Verwaltungsrecht
an der
Universität Bern

Post und SBB erkaufen sich Einfluss an den Hochschulen

Die Staatsbetriebe Post und SBB finanzieren jährlich Professorenstellen und Forschungsprojekte für fast drei Millionen Franken. Das stellt die Unabhängigkeit der Professoren in Frage.

Postauto Schweiz hat mit Falschbuchungen mindestens 78 Millionen Franken an Subventionen von Bund und Kantonen ergaunert. Matthias Finger, Professor für Netzwerkinindustrien an der ETH Lausanne, verteidigt die Post-Tochter: «Die Verantwortung liegt nicht allein bei ihr», sagte er in der «NZZ am Sonntag». Auch das Bundesamt für Verkehr habe versagt. Dieses hätte überwachen müssen, wie die Subventionen verwendet werden. Finger kritisiert die «Doppelrolle» des Bundesamts. Es mache Vorschriften zum öffentlichen Verkehr und sei gleichzeitig Aufsichtsorgan. Das sei «ein potenziell grosser Interessenkonflikt».

Ein solcher Interessenkonflikt besteht aber auch bei Professor Finger selbst. Die Post unterstützt seinen Lehrstuhl jährlich mit 650 000 Franken. Nicht ganz uneigennützig. Beispiel: Als die Post 2016 verkündete, 600 Poststellen zu schliessen, bezeichnete Finger dies als «überfällig». Und vor der Abstimmung zur Service-public-Initiative im selben Jahr schlug er sich ebenfalls auf die Seite der Post.

Gegenüber *saldo* sagt Finger: «Ich bin unabhängig.» Zu Post-Themen äussere er sich, weil er von Journalisten angefragt werde.

SBB zahlen der ETH Zürich jedes Jahr eine Million

Das finanzielle Engagement der Post geht noch viel weiter. Sie zahlt jährlich eine halbe Million Franken ans Zentrum für Cybersicherheit der ETH Zürich. Ferner unterstützt sie die Universität Fribourg mit jährlich 222 500 Franken für die Entwicklung «neuer interaktiver Technologien, die dem Menschen den Alltag erleichtern».

Auch die SBB sind grosszügig. Sie unterstützen die Universitäten St. Gallen und die ETH Lausanne mit je 150 000 Franken pro Jahr. An die ETH Zürich überweisen die SBB jährlich eine Million Franken für ein zu gründendes «Kompetenzzentrum für Mobilität». Und schliesslich lassen die Bundesbahnen auch noch jedes Jahr 300 000 Franken für einen Forschungsfonds springen. Total zahlen Post und SBB pro Jahr drei Millionen Franken an Hochschulen. *Thomas Lattmann*



Lehrstuhl mit Postgeld:
ETH-Gebäude
in Lausanne